

## Video-Podcast der Bundeskanzlerin #39/2016

---

3. Dezember 2016

Die Fragen stellte Dachdeckermeister Alexander Zwiulich aus Berlin.

### **Alexander Zwiulich:**

*Frau Bundeskanzlerin, kommenden Freitag sind die Deutschen Handwerkertage, wo Sie zu Gast sind. Die digitale Revolution hat längst auch uns Handwerker erreicht – und damit wird die Cybersicherheit für uns immer wichtiger. Was tut die Bundesregierung gegen Netzwerkattaken auf Wirtschaftsunternehmen?*

### **Bundeskanzlerin Merkel:**

Erst einmal freue ich mich, dass ich beim Handwerkstag wieder dabei bin. Das ist schon eine gute Tradition, auch dem Handwerk für seine vielfältigen Leistungen „Danke“ zu sagen. In der Tat hat die Digitalisierung auch das Handwerk erreicht, und damit wird das Thema IT-Sicherheit immer wichtiger. Das Handwerk hat selbst eine Initiative ergriffen – IT-Sicherheit im Handwerk –, und das Bundeswirtschaftsministerium hat gerade für kleine und mittelständische Unternehmen, was ja Handwerksbetriebe meistens sind, hier auch eine Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ ergriffen. Und es gibt auch Beratungsleistungen des Bundes. Wir haben als Bundesregierung eine neue Cybersicherheitsstrategie entwickelt und vor allen Dingen auch ein gemeinsames Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität. Und wir haben mit der Bundesbehörde, dem BSI, also dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, eine Behörde, die der Wirtschaft auch mit Rat und Tat zur Seite steht, wenn's Fragen gibt. Aber es bleibt schon ein Stück Verantwortung auch bei dem einzelnen Handwerksbetrieb bestehen, sich möglichst gut abzusichern.

*Wir von den Berliner Handwerksjunioren machen uns Gedanken über die aktuelle Rentensituation. Wir stehen für Eigenverantwortung, aber auch flexible Altersvorsorge. Nur, wie wir vorsorgen, das möchten wir gerne selbst entscheiden. Wie ist Ihre Meinung dazu?*

Meine Meinung ist, dass Selbstständige durchaus das auch entscheiden sollten, wie sie vorsorgen möchten. Wir sind insgesamt dafür, dass bei den Beschäftigten die gesetzliche Säule der Rente ergänzt wird durch private Vorsorge und – wo immer möglich – auch betriebliche Vorsorge. Hier wollen wir insbesondere kleineren Betrieben – das könnte auch für Handwerksbetriebe interessant sein – in Zukunft neue Lösungen anbieten, weil einzelne kleine Betriebe oft nicht die Kraft für eine betriebliche Altersrente für ihre Beschäftigten haben. Dazu wird jetzt von der Bundesregierung ein Gesetzgebungsvorhaben auf den Weg gebracht. Ansonsten sollte die Rentenplanung nicht erst beginnen, wenn man sechzig ist, sondern man sollte sich in jungen Jahren darüber informieren, in welcher Art und Weise man am besten vorsorgen kann, wenn man Selbstständiger ist.

*Frau Bundeskanzlerin, wie könnte man Handwerksbetrieben bundesweit die Ausbildung von Flüchtlingen erleichtern? Was plant die Bundesregierung dazu?*

Erst einmal möchte ich mich für die vielen Initiativen bedanken, die es schon gibt. Ein Wunsch der Wirtschaft war, dass wir Sicherheit anbieten – insbesondere für diejenigen, die eine Ausbildung machen. Das heißt, wir haben zugesagt, dass man während der Ausbildung den Flüchtlingsstatus nicht verliert, also einen Aufenthaltsstatus in Deutschland hat; auch noch sechs Monate nach der Ausbildung, damit sich der Flüchtling eine Arbeit suchen kann. Und die Beschäftigung im Ausbildungsbetrieb kann bis zu zwei Jahren sein, und dann wird auch an dem Aufenthaltstitel nichts verändert. Das ist erstmal eine gewisse Sicherheit für die Betriebe, die ausbilden. Oft geht es aber darum, dass man erstmal Kenntnis kriegt: Was kann derjenige oder diejenige? Dazu gibt es eine Vielzahl von Angeboten von der Bundesagentur für Arbeit – auch Zuschüsse für Praktika, für Erprobungen. Und ich glaube, dass wir hier schon ein ganzes Stück vorangekommen sind. Eine wichtige Sache für viele ist auch, dass wir die Vorrangprüfung abgeschafft haben. Das heißt, dass man im Zusammenhang mit Flüchtlingen in den allermeisten Arbeitsamtsbezirken jetzt nicht mehr erst die Vorrangprüfung abwarten muss, sondern, wenn man einen Flüchtling hat, von dem man glaubt, dass er geeignet ist, dass er dann auch eingestellt werden kann. Was für die Betriebe wichtig ist, ist, dass die Bundesagentur auch spezielle Vorbereitungsmaßnahmen, Sprachkurse anbietet, die über den Integrationskurs des BAMF hinausgehen. Auch das entwickelt sich gut, so dass ich hoffe, dass Sie dann auch die entsprechenden Flüchtlinge mit den Begabungen und Fähigkeiten finden können.

*Seit Ende September gilt Styropor als Sondermüll, wenn es mit dem Flammschutzmittel HBCD behandelt wurde. Vier von fünf Müllverbrennungsanlagen verfügen aber nicht über die notwendige Zertifizierung dafür. Es kommt zu Baustopps und einer Kostenexplosion der Entsorgung. Ist das nicht für die energetische Gebäudesanierung gefährlich?*

Ja, das ist kein guter Zustand; ist gar keine Frage. Die Länder haben nicht die Bundesempfehlung übernommen, dass das nicht so gefährlich eingestuft wird. Dadurch haben wir jetzt einen Rückstau. Gerade das Thema „energetische Gebäudesanierung“ ist uns eigentlich sehr wichtig. Die Umweltminister beraten in diesen Tagen über die notwendigen Maßnahmen – die Zulassung von Verbrennungsanlagen für diese Schadstoffe oder die Umdeklarierung. Welche Lösung gefunden wird, weiß ich nicht. Der Bund wird sich jedenfalls dafür einsetzen, dass möglichst schnell mit den Ländern gemeinsam eine Lösung gefunden wird.